

Ja bitte, benutzt ihn, Euren Verstand!

Zu: „Protest und Gegenprotest in der Innenstadt“ und „Die neue Querfront“, FR-Region vom 15. Mai und Titel vom 11. Mai

Mit Patientenverfügung auf die Demo

Liebe Demonstranten mit der Angst vor Einschränkungen der Grundrechte, Ihr habt ein Recht auf selbstbestimmtes Leben. Nehmt eine Patientenverfügung mit zur Demo. Bekundet öffentlich: Im Falle einer Covid-19-Erkrankung verzichtet ihr auf medizinische Versorgung, Intensivbehandlung und Wiederbelebung. Eine ehemalige Krankenschwester. Carmen Horstmann, Frankfurt

Ein Stein im Brett bei der Polizei

So stand es in der FR: Ein Polizeisprecher sagte auf Nachfrage, man habe die Demonstration ziehen lassen, um eine Eskalation zu vermeiden. „Es wäre unverhältnismäßig gewesen, das Ganze aufzulösen.“ (!)

Kürzlich: Gleiche Stadt, gleiche Polizei. Eine Kundgebung der Aktion „Seebrücke“ gegen die europäische Flüchtlingspolitik wird von der Polizei nicht gerade zimperlich aufgelöst und dadurch (u.a.) die Abstandsregel, welche seitens der Demonstranten eingehalten wurde, ad absurdum geführt. Am Samstag: Abstandsregel nicht eingehalten,

kaum Schutzmasken zu sehen. Wirrköpfe und Rechte scheinen – man hörte und las leider viel zu oft – bei der Polizei nicht nur einen Stein im Brett zu haben.

Reinhard Joppe, Frankfurt

Gefährliche Mischung der Unzufriedenen

Solche Artikel sind sehr wichtig, um das Gebräu aus kruden Thesen und legitimer Kritik zu durchleuchten, denn hier braut sich eine gefährliche Mischung der Unzufriedenen zusammen. Allerdings machen Sie in Ihrem letzten Absatz genau das, was Sie zuvor kritisieren: Sie stellen Dinge in einen scheinbaren Zusammenhang, die nichts miteinander zu tun haben! Dass der Ansteckungswert an diesem Wochenende wieder angestiegen ist, hat nichts mit den Demonstrationen zu tun, sondern ist eine Folge der ersten Lockerungsmaßnahmen.

Susanne Wimmer, Ingolstadt

Demos sind nur möglich, weil wir vernünftig waren

Dem abgebildeten Mann mit dem Schild „Benutzt euren Verstand“ (Titelseite v. 11.5.) möchte man zurufen: Genau, benutze doch deinen Verstand! Wer sich

in dieser Art und Weise mit tausenden anderen versammelt und Ansteckungen in Kauf nimmt, kann seinen Verstand nicht benutzt haben.

Zahlreiche Versammlungsteilnehmer haben den Lockdown mit Verhältnissen in der ehemaligen DDR verglichen. Nun, in der damaligen DDR wäre in solcher Situation wohl „Knüppel aus dem Sack“ gewesen. Es ist gut, dass wir die Demonstrationenfreiheit haben, in der auch noch so absurde Äußerungen gemacht werden dürfen. Und möglicherweise haben die Demo-Teilnehmer nicht realisiert, dass diese Demos nur möglich waren, weil sich der vernünftige Teil der Bevölkerung an die Hygiene-Regeln gehalten hat. Und ja, einige – nun durch die Politik – erlassenen Regelungen waren vielerorts widersprüchlich und manchmal auch unnötig. Aber alles in allem haben sich die Maßnahmen bewährt, und der Lockup kann schrittweise stattfinden. Ich hoffe, dass diese schlauen Demonstranten nie die Gelegenheit erhalten werden, in dieser Pandemie den Kurs zu bestimmen.

Reinhard Matthies, Pinneberg

Diskussion: frblog.de/coronademos/



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara

moderiert zwei Onlinetalks der Reihe „#FCGVOICES“ des Fashion Council Germany (Deutscher Moderat) zur Zukunft der Mode nach der Krise. Die Gespräche werden als Videos veröffentlicht:
Donnerstag, 21. Mai auf fashion-council-germany.online und auf dem Instagram-Kanal [@fashioncouncilgermany](https://www.instagram.com/fashioncouncilgermany)

Stephan Hebel spricht über die Politik von Angela Merkel

und die Rolle der Medien in der politischen Debatte.
Donnerstag, 28. Mai, 19 Uhr Presseclub Nürnberg. Teilnahme: <https://m.facebook.com/PresseclubNuernberg>

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet: frblog.de/lf-20200519

Würde ist nicht für alle

Fleischwirtschaft: „Miserable Zustände“, FR-Wirtschaft vom 18. Mai

Jetzt endlich werden die oft unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der aktuellen „Gastarbeiter“ in Schlachtbetrieben und anderswo so zum Thema, dass sich die Politik zu Wort meldet und auch handelt. Warum erst jetzt? Weil diese Lebens- und Arbeitsbedingungen nun auch Gesundheit und Leben der deutschen Bevölkerung bedrohen. Vorher war dies offensichtlich nicht nötig.

Dass die Menschenwürde unantastbar ist, gilt eben nicht für alle, sie ist reserviert für einen Teil der Menschheit. Hier zieht sich eine Linie von den Kolonialverbrechen bis zu den Globalisierungs-Wirtschafts-Sklaven, ob in asiatischen Textilfabriken oder bei Westfleisch, Tönnies & Co, wo der Mensch zur kostengünstigen Maschine geworden ist. Dietrich Weinbrenner, Witten

Gefahr für Zivilisten

Gastbeitrag: „Mehr Bundeswehr in Mali reicht nicht“, FR-Meinung vom 4.5.

Frau Heinrichs, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, spricht sich in weitgehend überzeugender Weise für einen vernetzten Ansatz der sicherheitspolitischen Interventionen in Mali aus. Sie schlägt dazu politische, diplomatische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische, kulturelle „und auch militärische Maßnahmen“ vor. Diese Gleichsetzung der zivilen mit militärischen Aktionen möchte ich infragestellen.

Es entspricht nicht den Erfahrungen aus zivilen Friedenseinsätzen, dass militärische Präsenz deren Arbeit sicherer und erfolgreicher macht. Solche Einsätze sollen gewaltmindernd wirken und ein Umsteuern hin zu gewaltfreier Konfliktauflösung erreichen. Dortige friedensbereite Kräfte sollen unterstützt werden. „Die lokale Bevölkerung ist unser wichtigster Partner bei unserem Einsatz für den Frieden,“ schreibt Frau Heinrich richtig. Dann aber meint sie, dass es ohne „die militärische Komponente“ nicht ginge. Widerspruch: Befriedung wird nicht erleichtert, sondern eher erschwert, wenn im Hintergrund erneut militärische Gewalt droht – diesmal von ausländischen sogenannten Friedenstruppen. Erfahrungen von Friedensfachkräften des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) z.B. in Afghanistan haben gezeigt, dass ziviles Personal sich weit stärker gefährdet sah, wenn ihr Einsatz nicht deutlich unabhängig von Militärpräsenz verlief. Die Botschaft muss sein: Gewalt löst keine Probleme. Militär kann diese Botschaft nicht glaubwürdig vertreten, selbst wenn das Eingreifen international abgesegnet und demokratisch kontrolliert wird.

Helga Tempel, Ahrensburg

Die soziale Marktwirtschaft muss wieder her!

Zu: „Wir werden harte Verteilungskämpfe kriegen“, FR-Feuilleton vom 11. Mai

Herr Merkel sagt, es gebe „Kontexte, in denen gefährliche Situationen zum Alltag gehören, aber den Freiheitsrechten der Bürger überantwortet bleiben“, und führt als Beispiel Alkohol-, Raucher- und Verkehrstote an.

Sicher ist es richtig, dass man nicht unnötig in die Freiheitsrechte der Menschen eingreifen darf. Das wäre totalitär. Es stellt sich aber die Frage, warum so viele Gesunde etwas tun, was sie umbringt. Allein durch Rauchen sterben jedes Jahr in Deutschland bis zu 140 000 Menschen. Sind es tatsächlich freie Bürger, die wohlinformiert nach reiflicher Überlegung zur Zigarette greifen, zum Alkohol oder zum schnellen Auto? Nikotin macht so abhängig wie Heroin. Jeder zweite Raucher

stirbt an einer tabakbedingten Krankheit und verliert im Schnitt zehn Lebensjahre bei schlechterer Lebensqualität im Vergleich zu Nie-Rauchern. Trotzdem fang ich jetzt einfach mal an? Ist es nicht vielmehr die Industrie, die aus Profitgier Menschen dazu verführt, Dinge zu tun, die ihnen objektiv mehr schaden als nutzen?

Hier zeigt sich ein Systemfehler. In Zeiten des Marktfundamentalismus geht es nicht um das gute Leben von möglichst vielen, sondern um den Profit von ganz wenigen. Darauf ist alles ausgerichtet. Demokratisch gewählte Politiker, deren Aufgabe es sein sollte, für das Gemeinwohl einzutreten, werden von immer mächtiger werdenden

Marktfundamentalisten unterjocht. Statt den Rahmen so zu setzen, dass Menschen würdig leben können, und zwar nicht nur in Deutschland, dienen sie sich den Lobbyisten an. Die bewährte (jetzt auch öko-) soziale Marktwirtschaft muss wieder her! Sie ist die zentrale Schraube, an der zu drehen die meisten Probleme unserer Zeit lösen würde.

In Corona-Ansteckungs-Zeiten gibt es ein besonders großes Risiko, dass man bei der Arbeit sein Leben für das Falsche opfert: Für eine Wirtschaft, die die falschen (nicht nützlichen) Dinge produziert, um eine winzige Minderheit reich zu machen.

Ralf-Michael Lübbers, Marienhäfe

Diskussion: frblog.de/konsequenzen

Der Verlust der Verhältnismäßigkeit

Re-Start der Fußball-Bundesliga: „Erleichtert – vorerst“, FR-Meinung vom 18. Mai

Dass sich junge und gesunde Hochleistungssportler vor laufender Kamera sportlich betätigen, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Man könnte sogar argumentieren, man biete dem Bundesbürger dadurch mehr Anreize zum Zuhausebleiben und zum „Social Distancing“. Aber dass die Fußballprofis regelmäßig bis zu dreimal wöchentlich einen Corona-Abstrich erhalten sollen, das ist ein Schlag ins Gesicht aller Pflegenden und Ärzte, die in der aktuellen Situation in den Heimen und Notaufnahmen an vor-

derster Front Sars-CoV-2 die Stirn bieten. Wenn eine Berufsgruppe auf eine potenzielle Corona-Infektion regelmäßig getestet werden sollte, dann medizinisches Personal und nicht Fußballer. Letztere leben sowieso meist abgeschirmt in ihrer eigenen Blase.

Durch die regelmäßigen Tests sollen symptomlose infizierte Ärzte und Pfleger gefunden werden, die – in Unwissenheit um ihre Infektion – Kollegen anstecken und möglicherweise die Versorgung Akutkranker und Schwer-

verletzter aufs Spiel setzen. Zum Spiel gesetzt sind durch die 20 000 Abstriche allerdings nur Fußballprofis, bei denen es sich ohnehin um gesunde, junge Erwachsene handelt. Im Gegensatz zu unseren privilegierten Fußballern soll medizinisches Personal nämlich erst dann einen Abstrich erhalten, wenn längerer Kontakt zu einem positiv getesteten Patienten bestanden hat. Eine Vielzahl an Pflegenden und Ärzten gehört selbst der Risikogruppe an.

Es kann nicht sein, dass tausende Tests an gesunden Fußball-

profis durchgeführt werden sollen, wohingegen die Mediziner ihrem Schicksal ausgesetzt werden. 0,4 Prozent der deutschen Testkapazität privilegierten Superreichen bereitzustellen, klingt an sich nicht viel. Aber diese 0,4 Prozent kommen geschätzt nur 1000 Fußballern von 82 Millionen Bundesbürgern zugute. Das ist nicht verhältnismäßig. Es ist genau der Verlust der Verhältnismäßigkeit, der schon so häufig im Zusammenhang mit Fußball genannt wurde.

Yannick Sogl, Gießen